

Schaffung von Konsumenten-Beratungsstellen. Beschlüsse der Handelspolitischen Kommission.

Wien, 3. Mai.

Die Approvisionierungs-Sektion der Handelspolitischen Kommission hielt Freitag in den Räumen der Handels- und Gewerbelammer unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters

soß eine Sitzung ab. Als erster Punkt der Tagesordnung kam der Antrag des Regierungsrates Erik wegen Schaffung von Konsumenten-Beratungsstellen zur Verhandlung. Der Antragsteller regte die Gründung einer Organisation an, die nach dem Muster des „Nationalen Frauentdienstes“ in Berlin die Konsumenten über die Frage der Versorgung mit Lebensmitteln zu informieren und zu beraten hätte. Diese Organisation hätte das einkaufende Publikum über die jeweiligen Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkte zu orientieren, es auf besonders günstige Einkaufsgelegenheiten aufmerksam zu machen und für die Popularisierung noch wenig bekannter Lebensmittel zu sorgen. Neben dem Zwecke der Information der Allgemeinheit hätte die Organisation als Auskunft- und Beratungsstelle den rat-suchenden Hausfrauen an die Hand zu gehen. Die Beratungsstellen sollen auf größeren Märkten errichtet werden, und als deren Organe sollen Personen fungieren, die sich in uneigennütziger Weise in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Die Konsumentenberatungsstellen würden in Wien mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse der Hauswirtschaft und auf dem Lebensmittelmarkte, die durch den Krieg noch vergrößert würden, einem Bedürfnisse entsprechen. Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen, in deren Schoß bereits eingehende Beratungen über diesen Gegenstand stattgefunden haben, würden die Organisation der Konsumentenberatungsstelle übernehmen, wenn ihr die Unterstützung öffentlicher Faktoren der Gemeinde und der Handels- und Gewerbelammer zugesagt würde. Von besonderer Wichtigkeit für das gedeihliche Funktionieren wäre die Mitwirkung der Marktpolizei des Magistrats, von der die Beratungsstellen verlässliche Informationen einzuholen hätten. Nachdem der Antragsteller betont hatte, daß die Tätigkeit der zu schaffenden Konsumentenberatungsstellen eine rein informative sein solle, ersucht er die Sektion, sie möge die Gründung der Konsumentenberatungsstellen in materieller und organisatorischer Beziehung unterstützen.

Ueber den Antrag entwickelte sich eine rege Debatte, an der sich Dr. Heller, Eldersich, Dr. Marešch, Stadtrat Knoll, Gemeinderat Müller, Sektionschef Eglauer, die Gemeinderäte Partit, Neumann sowie die Damen Granitsch und Freundlich beteiligten.

Hierauf wurde ein Antrag auf Einsetzung eines engeren Komitees zum Beschlusse erhoben, dem die Aufgabe gestellt wurde, zu untersuchen, ob in Wien das Bedürfnis für die Schaffung von Konsumentenberatungsstellen vorhanden wäre, weiter in welcher Weise derartige Stellen zu organisieren wären, und endlich, wie diese Stellen mit den bereits bestehenden Organen für die Konsumentenberatung in Einklang gebracht werden können.